



Bürgerinitiative Ansbacher Parteiloser e.V.

–
Fraktionsvorsitzender: **Manfred Stephan, Käferbach 16a, 91522 Ansbach, Tel. 09825/1695**
Email: manfred.stephan@bap-ansbach.de

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Deffner,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wie schon letztes Jahr erwähnt, hat Herr Oberbürgermeister Deffner das Amt seiner Vorgängerin in einer sehr schwierigen Zeit übernommen. Die Zusammenarbeit mit Thomas Deffner, aber auch mit den Stadtratsfraktionen der Koalitionsrunde, war im zweiten Jahr der Wahlperiode wieder konstruktiv und angenehm.

Die Gründe für einen, nach 2019 und 2020, erneuten Rekordhaushalt mit gut 175 Millionen Euro wurden schon mehrfach angesprochen. Wie im Vorjahr bereitet aber eine weitere Neuverschuldung, 2022 sind ca. 10 Millionen Euro vorgesehen, große Sorge. Hinzukommt, dass auch geplant ist, aus der Rücklage ca. 5,6 Millionen Euro zu entnehmen. „Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen“, erkannte richtigerweise der Bund der Steuerzahler.

Umso unverständlicher ist, warum ein Antrag zur Erhöhung der Gewerbesteuer, der zu fast keiner Belastung der Bürgerinnen und Bürger bzw. der Gewerbetreibenden geführt hätte, knapp abgelehnt wurde. Diese Million fehlt der Stadt für wichtige Aufgaben und muss dennoch von den Gewerbetreibenden an den Freistaat Bayern gezahlt werden. Erst 2023 kann die Gewerbesteuer auf 400 Punkte erhöht werden. Ein Antrag dafür fand bei der mittelfristigen Finanzplanung eine knappe Mehrheit.

Warum hat die BAP heuer keine Änderungsanträge bei den Haushaltsberatungen gestellt? Waren wir zu faul? Nein – ganz im Gegenteil! Querbeet durch alle Fraktionen gab es in den vergangenen Jahren teils heftige Kritik an den hohen Haushaltsausgaberesten (HAR). Die Verwaltung schaffte es ganz einfach nicht, alle vom Stadtrat gewünschten Projekte abzarbeiten. Aktuell betragen die Haushaltsausgabereste deutlich über 10 Millionen Euro.

Aus Verantwortung für die nachfolgenden Generationen, aber auch aus Rücksicht auf die städtischen Mitarbeiter, wurde deshalb heuer darauf verzichtet, neue Projekte auf den Weg zu bringen.

Nach einem Nein des Denkmalamtes zum Abbruch des Schrammhauses titelte im Jahr 2014 die FLZ: „Alles zurück auf Los!“

Damals plante man aber schon einige Jahre, was aus dem Rathausareal einmal werden soll.

Die Stadt darf nicht länger zuwarten, muss endlich in der Causa Schrammhaus Nägel mit Köpfen machen. Man kann nicht erwarten, dass Privatleute sich an viele Auflagen des Denkmalschutzes halten, die Stadt als Untere Denkmalschutzbehörde aber im Gegenzug sich über fast alles hinwegsetzt, was vom Denkmalamt vorgeschlagen wird.

Unseres Erachtens ist es richtig, während der Umbauphase die städtischen Bediensteten im TIZ unterzubringen. Nach Fertigstellung des Schrammhauses sollten die kommunalen Beschäftigten aber wieder im Schrammhaus untergebracht werden. Immerhin ist auch schon rund eine Million Euro an Planungskosten ausgegeben worden.

Ganz wichtig ist der BAP, dass 2022 7,2 Millionen Euro in die städtischen Schulen und weitere 1,8 Millionen Euro in die Digitalisierung fließen sollen. Auch für Tiefbaumaßnahmen (Straßenbau) sind 6,7 Millionen Euro vorgesehen.

Einige Anträge anderer Fraktionen hatten zum Ziel durch Verschiebungen auf kommende Jahre Haushaltsmittel sparen.

Das ist aber eine Mogelpackung! Gerade im Baubereich bedeutet derzeit jede Verschiebung nach hinten eine Verteuerung der Maßnahme. Wie man hier dann von sparen sprechen kann bleibt ein Rätsel, zumal eine verschobene Maßnahme auch in der mittelfristigen Finanzplanung nicht auftaucht.

Echtes Sparen wäre ein Kompletterverzicht.

Ähnlich verhält es sich mit den Anträgen, die für neue Projekte oft viel zu geringe Planungskosten im Haushalt 2022 sehen wollten.

Eine Weiterführung der Maßnahme wird dann nicht mehr finanziert.

Wie sagte einst der ehemalige Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble?

„Die Summe der Wünsche ist größer als der Betrag an Geld, das da ist.

Immer! Die Mehrheit der Menschen will mehr staatliche (in Ansbach kommunale) Leistungen, weniger Steuern und keine Schulden. Das lässt sich gleichzeitig gar nicht erreichen!“

Ein wenig geärgert habe ich mich, dass trotz der mahnenden Worte des Kämmerers, Änderungsanträge gestellt wurden, die keinen oder einen nur sehr unrealistischen Deckungsvorschlag enthielten. Unverständlich ist auch das Festhalten an Anträgen, obwohl der Kämmerer zum Teil noch während der Haushaltsberatungen erläuterte, dass ausreichend finanzielle Mittel dafür

nicht im Haushalt vorhanden sind – sparen sieht definitiv anders aus.

Ich mache es kurz: Die BAP-Fraktion stimmt trotz der angesprochenen enormen Kreditaufnahme und der Rücklagenentnahme dem heute vorgelegten Haushalt 2022 zu!

Wir erwarten aber auch erhebliche Anstrengungen in den Folgejahren, damit die Neuverschuldung in Grenzen gehalten wird.

Im Namen der BAP-Fraktion möchte ich mich bei Ihnen, Herr Oberbürgermeister Deffner und der gesamten Verwaltung für die sehr gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit bedanken!

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Ansbach, 13.12.2021
Manfred Stephan
BAP-Fraktionsvorsitzender